

Guatemala

„Recht auf die Wahrheit“

Friedesnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú, 37, über das Ende des Bürgerkriegs in ihrer Heimat

SPIEGEL: Am Mittwoch wird nach 36 Jahren Bürgerkrieg der Waffenstillstand zwischen Guerrilla und guatemalteki-scher Regierung in Oslo unterzeichnet. Kommt nun wirklich der Frieden?

Menchú: Präsident Arzú hat sehr viel Mut bewiesen, nicht nur eine strenge Säuberung der Streitkräfte durchge-setzt, sondern auch die Korruption und den Drogenhandel aktiv bekämpft.

SPIEGEL: Ist nach so langer Feindschaft nationale Versöhnung möglich?

Menchú: Sie wird nicht leicht sein. Die Opfer, zu 90 Prozent Mayas, haben ein Recht auf die Wahr-heit und müssen erfahren, was genau während des schmutzigen Krieges ge-schehen ist.

SPIEGEL: Rund 150 000 Menschen sind während des Bürgerkriegs getötet worden, von 50 000 Ver-schwundenen fehlt jeg-liche Nachricht. Sollen die Gerichte diese Verbrechen jetzt aufklären?

Menchú: Alle Opfer, sowohl der einen wie auch der anderen Seite, müssen die Möglichkeit haben, sich an die Justiz zu wenden. Es gab Exzesse auf bei-den Seiten. Ein eigener Gerichtshof muß geschaffen werden, der die Klagen prüft. Es muß garantiert sein, daß nicht Kriegstreiber unter den Militärs



Nobelpreisträgerin Menchú

RUCKSTUHL / KEYSTONE ZÜRICH

und den Geschäftsleuten die Guerrilleros verfol-gen, wenn die ihre Waffen niedergelegt und sich in einer politischen Partei organisiert haben.

SPIEGEL: Könnten Sie eine Amnestie akzeptie-ren?

Menchú: Menschenrechts-verletzungen gegen die Zivilbevölkerung dürfen nicht ungestraft bleiben. Frieden heißt auch Ge-rechtigkeit. Es muß Wie-dergutmachung geben.

SPIEGEL: Sie haben Ihre Eltern und Ihren Bruder durch den Terror der Militärdiktatur verloren ...

Menchú: ... meine Wunden werden nie ganz vernarben. Aber ich bin bereit, einen neuen Anfang zu machen. Denn ich will nicht, daß mein Sohn durch den Krieg ein Trauma davonträgt.



Arafat-Jet bei Probelandung im Gazastreifen

Palästina

Streit um Arafats Flughafen

Israel wird nun doch weiter über die Eröffnung des palästinensischen Flug-hafens Dahanija im Gazastreifen un-weit der ägyptischen Grenze verhandeln. Hauptstreitpunkt ist die Aufsicht über Sicherheitskontrollen und über die Gepäckabfertigung. Jerusalem will

die Oberhoheit – aus Furcht, Hunderttau-sende von Exilpalä-stinensern könnten in Dahanija quasi durch die Hintertür in ihre Heimat zurück-kehren; Arafat dage-gen schlägt gemein-same Kontrollen vor. Auf dem künftigen Airport, dessen Bau das Interimsabkom-men mit der PLO gestattet, sind Tower,

Terminal und Startbahn großenteils fast fertiggestellt; Radar, Gepäckbänder und Computer sollen aus Spanien und Deutschland geliefert werden. Ticket Nummer eins, ein Flug Dahanija–Kai-ro, hat Jassir Arafat gekauft. Hinter der Flugscheinnummer 408-8492-000-1 verbergen sich zwei Schlüsseldaten aus dem Leben des Palästinenser-Präsi-denten: sein Geburtstag am 4. August und jener Tag im April 1992, als Arafat nach einer Bruchlandung in der libyschen Wüste aufgefunden wurde.

USA

Noch ein Einbruch

US-Präsident Richard Nixon, der über den Einbruch seiner Mitarbeiter in die Parteizentrale der Demokraten im Washingtoner Watergate-Komplex sein Amt verlor, hatte offenbar eine Vorliebe für diese Art Informationsbeschaffung. Ein Jahr bevor sich die Eindringlinge er-wischen ließen, befahl der Präsident



Präsident Nixon: Rücktrittserklärung 1974

D. HALSTEAD / GAMMA / STUDIO X

Stabschef Bob Haldeman einen anderen Einbruch. Weil er an Unterlagen des Washingtoner Forschungsinstituts Broo-kings zum Vietnamkrieg interessiert war, trug Nixon seinem Mitarbeiter auf: „Ich möchte das auf andere Weise ha-ben, Bob. Brich ein und bring sie raus, verstanden?“ Wenig später entwickelte Nixon-Helfer Chuck Colson den Plan, in den Büros des Instituts Feuer zu legen – im Chaos sollten FBI-Agenten die Un-terlagen beschaffen. Der Einbruchsbefehl des Präsidenten ist in den letzten 200 Stunden Tonbandaufzeichnungen aus Nixons Oval Office zu hören, die jetzt im Nationalarchiv zugänglich sind.

Bosnien

Letzte Demarche

Mit der Enthüllung eines Geheimplans versuchte Serbengeneral Ratko Mladić in letzter Minute seine Entlassung als Armeechef zu verhindern. Anfang vo-riger Woche legte er laut Belgrader *Telegraf* der Präsidentin der Republika Srpska, Biljana Plavšić, Erkenntnisse seines Abwehrdienstes vor, nach denen

1997 mit einem Überraschungsangriff der moslemischen Armee auf die Repu-blik zu rechnen sei. Der Sturm werde mit Hilfe amerikanischer Militärexper-ten ausgeführt und jener Operation ähneln, mit der Kroatiens Präsident Franjo Tudjman 1995 die Krajina zu-rückeroberte. Die Demarche half dem General ebensowenig wie das Verschan-zen in seinem Befehlsbunker in Han Pijesak: Die Polizei kappte alle Verbin-dungen zu seinen Korps im Hinterland.